

BLRK fordert, freigewordene BAföG-Mittel vollständig in Hochschulen zu investieren

Die Brandenburgische Landesrektorenkonferenz begrüßt die Übernahme der BAföG-Förderung durch den Bund und appelliert an das Land

Die Präsidentinnen und Präsidenten der brandenburgischen Hochschulen begrüßen die Verlagerung der BAföG-Zuständigkeit auf den Bund, die die Länder um 1,17 Milliarden Euro entlastet. Für das Land Brandenburg bedeutet dies eine Entlastung von 37 Mio. Euro pro Jahr. Der Erfolg der beschlossenen Maßnahme hängt nun davon ab, dass die Länder diese freiwerdenden Mittel in die Hochschulen investieren, um deren finanzielle Ausstattung deutlich und nachhaltig zu erhöhen und dem Bundesdurchschnitt anzunähern. Als Vorbild könnte der in Hessen geplante Sonderfonds Hochschulen dienen, der vorsieht, die freiwerdenden Mittel zu hundert Prozent in die Hochschulen fließen zu lassen. Die BLRK begrüßt vor diesem Hintergrund auch die gestrige Erklärung der Vorsitzenden der beiden brandenburgischen Regierungsfractionen, die Hochschulen mit diesen Mitteln finanziell unterstützen zu wollen. Die Investition in den Ausbau der Forschung im Land ist dringend notwendig und eine Eins-zu-eins-Übertragung der Mittel auf die Hochschulen wäre der richtige Schritt. Auf keinen Fall dürften die Mittel genutzt werden, um andere Haushaltslöcher zu schließen. Ähnliche Forderungen kommen aus den meisten anderen Bundesländern. „Diese Entlastung des Landeshaushalts stellt eine einmalige Chance dar, die brandenburgische Hochschullandschaft endlich in Lehre und Forschung auf den bundesweit üblichen Stand zu bringen. Brandenburg darf nicht länger die rote Laterne tragen, was die Finanzierung seiner Hochschulen angeht“, formuliert Prof. Oliver Günther, Ph.D., Vorsitzender der Brandenburgischen Landesrektorenkonferenz.

Konkret sehen die Mitglieder der BLRK vor allem in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

- Die Ausstattung der brandenburgischen Studienplätze muss über eine deutliche Anhebung der Grundhaushalte der Hochschulen an den Bundesdurchschnitt angepasst werden, um die Qualität des Studierens akzeptabel und nachhaltig zu gestalten. Kurzfristig ist auch nach Einschätzung der auswärtigen und hochkarätig besetzten Hochschulstrukturkommission ein Betrag in der genannten Größenordnung erforderlich, um wieder Anschluss an das Mittelfeld der Bundesländer zu finden.
- Darüber hinaus sind gezielte Fördermaßnahmen im Bereich der Forschungsförderung und der EU-Mittelakquise notwendig, insbesondere um in der anlaufenden Fördermaßnahme Horizon 2020 nachhaltige Erfolge zu erzielen.

- Auch die Förderung des Transfers in die brandenburgische Wirtschaft sollte ausgebaut werden. In Hinblick auf den Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung des Landes besteht hier dringend Handlungsbedarf. Gezielt eingesetzte Mittel würden helfen, um diese Informationsdefizite zu beheben und eine Abwanderung hochqualifizierter Hochschulabsolventinnen und -absolventen zu verhindern und der bisher schon erfolgreichen brandenburgischen Gründerszene neue Impulse zu geben.

Kontakt: Dr. Vera Ziegeldorf, Leiterin des Präsidialamts

Telefon: 0331 977-1257

E-Mail: buero.praesident@uni-potsdam.de

Medieninformation 11-06-2014-Nr. 101

Antje Horn-Conrad

Universität Potsdam

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Am Neuen Palais 10

14469 Potsdam

Tel.: +49 331 977-1665

Fax: +49 331 977-1130

E-Mail: presse@uni-potsdam.de

Internet: www.uni-potsdam.de/presse